



Brüssel, den 2.10.2013
COM(2013) 685 final

ANHANG

zur

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT): Ergebnisse und Ausblick

REFIT-Initiativen

Dieser Anhang enthält die im Rahmen des REFIT-Programms erarbeiteten Vorschläge für neue Initiativen zur Kostenreduzierung, zur Rechtsvereinfachung, zur besseren Erreichung der politischen Ziele und Nutzung der Vorteile der EU-Rechtsetzung sowie Initiativen zur Aufhebung veralteter Rechtsvorschriften und zur Rücknahme anhängiger Vorschläge bzw. zum Verzicht auf Maßnahmen in Bereichen, wo dies nicht angemessen oder die Notwendigkeit legislativer Maßnahmen nicht ersichtlich ist. Rechtsetzungsinitiativen der Kommission mit erheblichen Auswirkungen unterliegen der Evaluierung und Folgenabschätzung im Einklang mit den Grundsätzen der „intelligenten Rechtsetzung“ der Kommission.

Die Initiativen werden in vier Hauptkategorien eingeteilt:

1. Anhängige Kommissionsvorschläge zur Rechtsvereinfachung und Verringerung der Verwaltungslasten, die noch vom EU-Gesetzgeber angenommen werden müssen;
2. Neue Initiativen der Kommission zur Rechtsvereinfachung, Verringerung der Rechtsanwendungskosten und Konsolidierung der Rechtsvorschriften;
3. Bereiche, in denen die Kommission die Aufhebung von Rechtsvorschriften vorschlägt, in denen anhängige Vorschläge zurückgezogen oder Initiativen nicht weiterverfolgt werden
4. Fitness-Checks und Evaluierungen zur Verringerung Rechtsanwendungskosten und von Verwaltungsaufwand (geplant und laufend).

1. Anhängige Kommissionsvorschläge zur Rechtsvereinfachung und Verringerung der Verwaltungslasten, die noch vom EU-Gesetzgeber angenommen werden müssen

Gesundheit und Verbraucherpolitik

- Vorschlag für eine Verordnung über die Sicherheit von Verbraucherprodukten¹ und für eine Verordnung über die Marktüberwachung², die zu klareren Vorschriften, zur Beseitigung von Überschneidungen und zur Kodifizierung bestimmter Ausnahmen von den Berichtspflichten führen sollen.
- Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über klinische Prüfungen³, wobei straffere Genehmigungsverfahren und einfachere Berichtspflichten vorgeschlagen werden;
- Vorschläge für ein neues Tiergesundheitsgesetz⁴ anstelle von 37 Rechtsakten, für eine neue Verordnung über Pflanzengesundheit⁵ anstelle von sieben Rechtsakten, für neue Rechtsvorschriften für Pflanzenvermehrungsmaterial anstelle von 12 Rechtsakten, und für eine neue Verordnung in Bezug auf amtliche Kontrollen entlang der Lebensmittelkette anstelle von zehn Rechtsakten⁶.

Umwelt

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/92 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten;
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen.

Binnenmarkt und Dienstleistungen

- Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen (2005/36/EG)⁷

¹ COM(2013) 78.

² COM(2013) 74.

³ COM(2012) 369 final.

⁴ COM(2013) 260 final.

⁵ COM(2013) 267 final.

⁶ COM(2013) 265 final.

⁷ KOM(2011) 883.

- Vorschlag der Kommission zur Änderung der Vergaberichtlinien 2004/18/EG und der Richtlinie 2004/17/EG⁸
- Vorschlag der Kommission über europäische langfristige Investmentfonds⁹

Justiz

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung),¹⁰
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Pauschal- und Bausteinreisen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2011/83/EU sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates¹¹

Inneres

- Vorschlag der Kommission für eine Neufassung der Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einem bezahlten oder unbezahlten Praktikum, einem Freiwilligendienst oder zur Ausübung einer Au-pair-Beschäftigung¹²

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

- Vorschlag der Kommission über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik¹³
- Vorschlag der Kommission über die Gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur¹⁴

Energie

- Gemeinschaftssystem zur Registrierung von Beförderern radioaktiven Materials, das die nationalen Melde- und Genehmigungsverfahren durch ein einziges Registrierungssystem ersetzt, wodurch das Verfahren vereinfacht und gleichzeitig

⁸ KOM(2011) 896 und KOM(2011) 895.

⁹ COM(2013) 462 final.

¹⁰ COM(2012) 11.

¹¹ COM(2013) 512.

¹² COM(2013) 151.

¹³ KOM(2011) 425.

¹⁴ KOM (2011) 416.

dafür gesorgt wird, dass die erreichten hohen Strahlenschutzstandards aufrecht erhalten werden;¹⁵

- Konsolidierung der grundlegenden Sicherheitsnormen im Bereich Strahlenschutz und der damit verbundenen Richtlinien;¹⁶

Haushalt

- Vorschlag der Kommission für ein neues Eigenmittelsystem auf der Grundlage der Mehrwertsteuer¹⁷

Steuern und Zölle

- Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

Handel

- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Änderung der Anti-Dumping- und Anti-Subventionsgrundverordnungen¹⁸.

Mobilität und Verkehr

- Vorschlag zur Änderung der Verordnung Nr. 3821/85 über das Kontrollgerät im Straßenverkehr (Tachometer).

Hinweis: Mehrere Vorschläge der Kommission im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung wurden vom Mitgesetzgeber noch nicht verabschiedet. Dies betrifft Vorschläge in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Gesundheit, Verbraucherpolitik, Fonds für die interne Sicherheit, Asyl- und Migrationsfonds, maritime Angelegenheiten und

¹⁵ KOM(2011) 518.

¹⁶ COM(2012) 242.

¹⁷ KOM(2011) 737, 739 und 740. Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juli 2013 soll das gegenwärtige System für den nächsten MFR beibehalten werden. Die Kommission hat am 4. September den Entwurf zu einer gemeinsamen Erklärung über Eigenmittel gebilligt, der Teil der politischen Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament ist. Vorgesehen ist die Einrichtung einer hochrangigen Gruppe, die ein generelle Überprüfung des Eigenmittelsystems vornehmen wird.

¹⁸ Vorschlag der Kommission (COM(2013) 192) für eine Verordnung zur Änderung der Anti-Dumping und Anti-Subventions-Grundverordnungen (Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern und der Verordnung (EG) Nr. 597/2009 des Rates über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern).

Fischerei, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz sowie Erweiterung.¹⁹

¹⁹ Verweise finden sich in SWD(2013) 401 final.

2. Neue Initiativen der Kommission zur Rechtsvereinfachung, Verringerung der Rechtsanwendungskosten und Konsolidierung der Rechtsvorschriften

Beschäftigung

- Konsolidierung der drei Richtlinien im Bereich der Information und Anhörung der Arbeitnehmer vorbehaltlich der Ergebnisse einer Konsultation der Sozialpartner.²⁰

Gesundheit und Verbraucherpolitik

- Überarbeitung des Lebensmittelhygienerechts zur Konsolidierung der Hygienevorschriften, Vereinfachung der Verfahren und Ausweitung der Flexibilität für KMU;
- Konsolidierung der tierzuchtrechtlichen Bestimmungen.
- Vereinfachung der Rechtsvorschriften im Bereich der Tierarzneimittel.

Statistiken

- Rahmenverordnungen zur Integration der Unternehmensstatistiken (FRIBS) und der Sozialstatistiken²¹;
- Reform des Betriebserhebungssystems.

Inneres

- Vereinfachung und Verschlinkung des Visa-Kodex²²;
- Kodifizierung des Schengener Grenzkodex²³.

Justiz

- Konsolidierung und Zusammenfassung der Rechtsvorschriften in Bezug auf Verbraucherrechte und Werbung vorbehaltlich der Ergebnisse eines Fitness-Checks²⁴;

²⁰ Dies betrifft Richtlinie 98/59/EG über Massentlassungen, Richtlinie 2001/23/EG über den Übergang von Unternehmen und Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft.

²¹ Die Überarbeitung der Sozialstatistiken hängt von den Entwicklungen innerhalb des Europäischen Statistischen Systems ab.

²² Verordnung (EG) Nr. 810/2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft

²³ Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen

²⁴ Richtlinie 2005/29/EG²⁴ über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern; und Richtlinie 1999/44/EG zu bestimmten Aspekten des

- Überarbeitung der Rechtsvorschriften des europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen²⁵.

Binnenmarkt und Dienstleistungen

- Überarbeitung des OGAW²⁶;
- Kodifizierung von acht Richtlinien zum Gesellschaftsrecht²⁷;

Steuern und Zölle

- Einführung einer EU-weit einheitlichen Mehrwertsteuererklärung in allen Mitgliedstaaten.

Landwirtschaft

- Vereinfachung der Vorschriften für staatliche Beihilfen in der Landwirtschaft²⁸;
- Überarbeitung und Vereinfachung des Rechtsrahmens für den ökologischen Landbau²⁹.

Handel

- Kodifizierung von 26 Ratsverordnungen nach der Verabschiedung von zwei Ermächtungsverordnungen³⁰, um die Handelsvorschriften an den AEUV anzupassen

Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter sowie Richtlinie 93/13/EG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

²⁵ Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007.

²⁶ Richtlinie 2009/65/EG.

²⁷ Richtlinien 82/891/EWG, 89/666/EWG, 2005/56/EG, 2009/101/EG, 2009/102/EG, 2011/35/EU, 2012/17/EU, 2012/30/EU.

²⁸ Die künftige „*De-minimis-Verordnung*“ wird im Hinblick auf ihre Verabschiedung bis Ende 2013 einer Folgenabschätzung unterzogen. Die Folgenabschätzung für das übrige Beihilfenpaket (d.h. Leitlinien für staatliche Beihilfen sowie Verordnungen für Gruppenfreistellungen und Formblätter für Voranmeldungen) ist für Anfang 2014 vorgesehen. Die neuen Leitlinien und Verordnungen sollen bis Juli 2014 verabschiedet werden.

²⁹ Durch die Überarbeitung der Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau sollen Unstimmigkeiten, Lücken und ineffektive Maßnahmen beseitigt, die Vorschriften vereinfacht und die Regulierungskosten gesenkt werden. Die Folgenabschätzung ist für Herbst 2013 geplant und die Verabschiedung der Vorschläge der Kommission soll im ersten Quartal 2014 stattfinden.

³⁰ KOM(2011) 82 und KOM(2011) 349.

- Export zur Verwertung von nichtgefährlichen Abfällen – die Aktualisierung der Verordnung Nr. 1418/2007³¹ vereinfacht die Verfahren und vermindert die Verwaltungslasten;

Mobilität und Verkehr

- Vereinfachung der Kabotageregeln im Straßenverkehr³².

Wettbewerbspolitik

- Überarbeitung der Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung des Rates Nr. 139/2004³³ zwecks Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Fusionskontrolle [Wettbewerb]

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

- Fanggenehmigungsverordnung
- Technische Maßnahmen für den Schutz von Meerestieren

³¹ Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt.

³² Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs.

³³ Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“).

3. Bereiche, in denen die Kommission vorschlägt oder prüft, Rechtsvorschriften aufzuheben, anhängige Vorschläge zurückzuziehen oder Initiativen nicht weiterzuverfolgen

Umwelt

- Rücknahme eines Vorschlags für eine Bodenrahmenrichtlinie³⁴;

Die Kommission stellt fest, dass der Vorschlag acht Jahre lang anhängig war, ohne dass es zu wirksamen Maßnahmen kam. Sie prüft daher sorgfältig, ob dem Ziel des Vorschlags, dem die Kommission weiterhin verpflichtet ist, am besten gedient ist, wenn der Vorschlag aufrecht erhalten bzw. zurückgezogen wird. Hierdurch eröffnet sich die Möglichkeit für eine alternative Initiative während der nächsten Amtszeit. Dies wird danach beurteilt, ob eine Verabschiedung vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament möglich ist.

- Rücknahme eines Vorschlags über den Zugang zur Justiz im Bereich Umweltschutz³⁵;

Beschäftigung

- In der laufenden Mandatsperiode wird die Kommission keine Vorschläge für Rechtsvorschriften im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für Friseure, Erkrankungen des Bewegungsapparats und Bildschirme, Passivrauchen sowie Karzinogene und Mutagene unterbreiten.

Unternehmen und Industrie

- Aufhebung der Richtlinie 1999/45/EG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen;

Gesundheit und Verbraucherpolitik

- Rücknahme zweier Vorschläge in Bezug auf die Information der breiten Öffentlichkeit über verschreibungspflichtige Arzneimittel³⁶.

³⁴ KOM(2006) 232.

³⁵ Die Kommission wird andere Möglichkeiten prüfen, wie sie ihren Verpflichtungen nach dem Übereinkommen von Århus nachkommen kann; sie führt eine Folgenabschätzung durch und wartet auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs.

³⁶ COM(2012)48 und COM(2012)49.

- Aufhebung der Richtlinie des Rates über die Unterstützung der Kommission und die Mitwirkung der Mitgliedstaaten bei der wissenschaftlichen Prüfung von Lebensmittelfragen³⁷

Statistiken

- Aufhebung der Verordnung über Statistiken über die Stahlindustrie³⁸
- Rücknahme eines Vorschlags für eine Verordnung über europäische Statistiken über den Schutz vor Kriminalität (KOM(2011) 335)

Inneres

- Aufhebung eines Beschlusses des Rates über Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit zwischen den zentralen Meldestellen der Mitgliedstaaten beim Austausch von Informationen³⁹.

Binnenmarkt und Dienstleistungen

- Rücknahme von Vorschlägen im Rechtsetzungsverfahren über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen und des Gemeinschaftspatents (Umwandlung des Patentvorschlags in eine verstärkte Zusammenarbeit).
- Rücknahme des Vorschlags für eine Verordnung des Rates über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft⁴⁰.

Steuern

- Rücknahme des Vorschlags für eine Richtlinie zur Vereinfachung der mehrwertsteuerlichen Pflichten⁴¹

Mobilität und Verkehr

- Aufhebung der Richtlinie 2007/38/EG über die Nachrüstung von in der Gemeinschaft zugelassenen schweren Lastkraftwagen mit Spiegeln;
- Aufhebung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge;

³⁷ ABl. L 52 vom 4.1.1993, S. 18.

³⁸ Verordnung (EG) Nr. 48/2004.

³⁹ Beschluss des Rates 2000/642/JI vom 17. Oktober 2000. Der Zeitplan hängt von der Verabschiedung und Umsetzung des von der Kommission am 5.2.2013 verabschiedeten Vorschlags für eine Geldwäscherichtlinie ab, wodurch der Beschluss 2000/642/JI obsolet wird.

⁴⁰ KOM(2008) 396. Die Kommission erwägt die Unterbreitung eines neuen Vorschlags in diesem Bereich.

⁴¹ KOM(2004) 728 endgültig vom 29. Oktober 2004.

- Rücknahme eines Vorschlags im Rechtsetzungsverfahren in Bezug auf Führerscheine, die die Funktion einer Fahrerkarte beinhalten.

Energie

- Aufhebung der Entscheidung des Rates zur Festsetzung eines gemeinsamen Richtwerts für die Einschränkung des Primärenergieverbrauchs bei Schwierigkeiten in der Versorgung mit Erdöl und Erdölzeugnissen⁴² und Durchführungsbestimmungen.

Entwicklungszusammenarbeit

- Die Kommission schlägt keine neue EU-Nahrungsmittelfazilität vor. Diese Fazilität läuft Ende 2013 aus.

⁴² Entscheidung des Rates 77/706/EWG vom 7. November 1977 zur Festsetzung eines gemeinsamen Richtwerts für die Einschränkung des Primärenergieverbrauchs bei Schwierigkeiten in der Versorgung mit Erdöl und Erdölzeugnissen (+Durchführungsbestimmungen Entscheidung der Kommission 79/639).

4. Fitness-Checks, Evaluierungen und andere Berichte zur Bewertung des Potenzials zur Vereinfachung und Reduzierung von Rechtsanwendungskosten und von Verwaltungsaufwand

Umwelt

Geplante Fitness-Checks und Evaluierungen:

- Fitness-Checks zu Natura 2000⁴³, zum EU-Umweltzeichen⁴⁴ und EMAS⁴⁵;
- Optimierung der Berichtspflichten im Umweltbereich unter Anwendung der Grundsätze der strukturierten Anwendungs- und Informationskonzepte;
- Evaluierungen des Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters (EPRTR), der Rechtsvorschriften über die Haltung von Wildtieren in Zoos und im Hinblick auf das Übereinkommen von Aarhus (ein Urteil des Gerichtshofs ist anhängig).

Laufende Fitness-Checks und Evaluierungen:

- Fitness-Checks zur Abfallpolitik⁴⁶;
- Evaluierungen der Rechtsvorschriften im Hinblick auf Umgebungslärm, Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, Umwelthaftung und eine Geodateninfrastruktur.⁴⁷

Beschäftigung

Geplante Evaluierungen:

- Evaluierungen der Rechtsvorschriften im Hinblick auf die Auskunftspflichten von Arbeitgebern über Beschäftigungsverträge.

⁴³ Richtlinien 92/43/EG und 2009/147/EG: Dieser Fitness-Check wird begleitend zu der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluierung unter Beachtung der in der Richtlinie festgelegten Fristen durchgeführt.

⁴⁴ Verordnung (EG) Nr. 66/2010.

⁴⁵ Verordnung (EG) Nr. 1221/2009.

⁴⁶ Umfasst Richtlinie 86/278/EWG (Klärschlamm), Richtlinie 94/62/EG (Verpackungen und Verpackungsabfälle), Richtlinie 96/59/EG (PCB/PCT), Richtlinie 2000/53/EG (Altfahrzeuge), Richtlinie 2006/66/EG (Batterien).

⁴⁷ Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm; Bewertung der Richtlinie 2009/126/EG vom 21. Oktober 2009 über Phase II der Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen; Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden; Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE).

Laufende Evaluierungen:

- Evaluierung der Rechtsvorschriften im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.⁴⁸
- Richtlinie 2008/104/EG über Leiharbeit
- Richtlinien 97/81/EG über Teilzeitarbeit und 99/70/EG über befristete Arbeitsverträge

Gesundheit und Verbraucherpolitik

Geplante Fitness-Checks und Evaluierungen:

- Fitness-Checks der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 (Allgemeines Lebensmittelrecht).

Unternehmen und Industrie

Geplante Fitness-Checks, kumulative Kostenbewertungen und Evaluierungen:

- Fitness-Checks der wichtigsten Rechtsvorschriften für chemische Stoffe, die nicht unter REACH fallen, somit damit verbundene Aspekte der Rechtsvorschriften für nachgelagerte Industrien;
- Evaluierung der Maschinenrichtlinie und der Rechtsvorschriften für Feuerwaffen;
- Kumulative Kostenbewertungen im Bereich der Chemieindustrie und der Holz- und Forstwirtschaft (Holzindustrie, Möbelindustrie, Holzverarbeitung und Druck).

Laufende/abgeschlossene Fitness-Checks und Evaluierungen:

- Evaluierung der Verordnungen im Hinblick auf den Binnenmarkt für Industrieerzeugnisse;
- Fitness-Checks des Typgenehmigungssystems für Kraftfahrzeuge und der erdölverarbeitenden Industrie;
- kumulative Kostenbewertung der Aluminiumindustrie;
- Eine kumulative Kostenbewertung der Stahlindustrie erfolgte 2013.

Energie

Geplante Evaluierungen:

- Evaluierung der Richtlinie über erneuerbare Energiequellen⁴⁹

⁴⁸ Rahmenrichtlinie 89/391/EWG und 23 damit verbundene Richtlinien.

⁴⁹ Richtlinie 2009/28/EG vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG.

Inneres

Geplante Fitness-Checks und Evaluierungen:

- Fitness-Checks der Rechtsvorschriften über die legale Zuwanderung;
- Evaluierungen des Visa-Informationssystems⁵⁰, FRONTEX⁵¹, einschließlich der Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke⁵², und der Rechtsvorschriften über die Aufenthaltstitel von Opfern des Menschenhandels⁵³.

Laufende Evaluierungen:

- Gesamtevaluierung des Rahmenbeschlusses des Rates zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und zur Terrorismusbekämpfung⁵⁴.

Justiz

Geplante Fitness-Checks und Evaluierungen:

- Fitness-Checks im Hinblick auf die eventuelle Notwendigkeit einer Konsolidierung und Fusion von Rechtsakten im Zusammenhang mit Verbraucherrechten und Werbung (siehe oben);
- Evaluierung der Rechtsvorschriften im Hinblick auf die Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit⁵⁵.
- Evaluierung der Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem europäischen Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen⁵⁶.

⁵⁰ Verordnung 767/2008 und Entscheidung des Rates 2004/512.

⁵¹ Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX).

⁵² Verordnung (EG) Nr. 863/2007 über einen Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates hinsichtlich dieses Mechanismus und der Regelung der Aufgaben und Befugnisse von abgestellten Beamten

⁵³ Richtlinie 2004/81/EG des Rates über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren. Diese Richtlinie und die Richtlinie 2011/36 zur Bekämpfung des Menschenhandels kommen für eine Konsolidierung in Frage.

⁵⁴ Rahmenbeschluss 2008/841/JI des Rates und Rahmenbeschluss 2008/919/JI des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI.

⁵⁵ Richtlinie 79/7/EWG des Rates zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit.

⁵⁶ Verordnung (EG) Nr. 805/2004 vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen.

Binnenmarkt und Dienstleistungen

Geplante Evaluierungen:

- Verordnung Nr. 1606/2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IAS);
- Neue Richtlinie über Nachprüfungsverfahren 2007/66/EG;
- Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen⁵⁷;
- Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter.

Steuern und Zölle

Geplante Evaluierungen:

- Evaluierung der Richtlinie hinsichtlich der Struktur und der Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und der allgemeinen Regelungen für Verbrauchsteuern.

Handel

Geplante Evaluierungen:

- Umfassender Durchführungsbericht über die EU-Ausfuhrkontrollverordnung, einschließlich einer Überprüfung der Doppelverwendungsverordnung Nr. 428/2009 (erforderlich aufgrund des Basisrechtsakts und der Ausfuhrkontrollpolitik). Der vorgesehene Bericht soll Möglichkeiten zur Reform und Vereinfachung enthalten;
- Evaluierung der Verordnung (EG) Nr. 953/2003 vom 26. Mai 2003 zur Vermeidung von Handelsumlenkungen bei bestimmten grundlegenden Arzneimitteln in die Europäische Union;

Mobilität und Verkehr

Geplante Evaluierungen:

- Evaluierung der Richtlinie 2004/54/EG über die Sicherheit von Tunneln;
- Evaluierung der Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr⁵⁸;

⁵⁷ Diese Evaluierung ist mittelfristig geplant.

⁵⁸ Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten, ABl. L 368 vom 17.12.1992, S. 38 - 42.

- Evaluierung der Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe⁵⁹;
- Fortsetzung der Arbeiten zur Bestimmung und Umsetzung der Anforderungen an die Luftfahrtsicherheit für den nichtgewerblichen Sektor⁶⁰.

Sonstige Bereiche

Laufende Evaluierungen:

- Evaluierung des Europäischen Konsens über die Humanitäre Hilfe – politischer Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedstaaten [Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz]

Geplante Evaluierungen:

- Evaluierung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation⁶¹ [Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien]
- Evaluierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMSD)⁶² [Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien]
- Evaluierung der Fusionskontrollverordnung: Verweisungssystem und Minderheitsbeteiligungen [Wettbewerb]

⁵⁹ Richtlinie 2009/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe (Neufassung), ABl. L 163 vom 25.6.2009, S. 1 - 40.

⁶⁰ Grundverordnung der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) (216/2008).

⁶¹ Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, der Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation und der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz.

⁶² Richtlinie 2010/13/EU. Eine Anhörung zu den wichtigsten Elementen der AVMSD wurde kürzlich durchgeführt. Zu einer weiteren Anhörung über die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden für den audiovisuellen Bereich (Artikel 30 der AVMSD) erfolgt gegenwärtig eine Bewertung.